

Das Gemeinschaftskonto in der Insolvenz

Neue und geänderte Vorschriften durch das PKoFoG

Dipl.-Rechtspflegerin (FH) Monika Deppe, Greven

Mit der Reform des Pfändungsschutzkontos durch das *Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz* (PkoFoG) in 2021 wurden insbesondere die Regelungen der §§ 899 bis 910 ZPO in die ZPO eingefügt. Diese bilden den 4. Abschnitt im 8. Buch der ZPO mit dem Titel „Wirkungen des Pfändungsschutzkontos“. In diese Vorschriften wurden auch Regelungen aufgenommen, die sich zuvor an anderer Stelle fanden. So regelte § 850l ZPO in der alten Fassung die Möglichkeit der Anordnung der Unpfändbarkeit aller Kontoguthaben auf einem Pfändungsschutzkonto für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten auf Antrag des Schuldners. Die Regelung findet sich jetzt mit inhaltlichen Änderungen in § 907 ZPO. Diese Möglichkeit der befristeten Anordnung der Unpfändbarkeit aller Zahlungseingänge besteht im Insolvenzverfahren nicht, weil die Vorschrift nicht entsprechend anwendbar ist.¹ Durch die Übernahme des Inhalts des alten § 850l ZPO in die neuen §§ 899ff ZPO ist dieser Paragraph „frei geworden“ und der Gesetzgeber hat sich etwas ganz besonders Originelles einfallen lassen, um diesen neu zu füllen. Die Vorschrift regelt jetzt die „Pfändung des Gemeinschaftskontos“. Vergleichbare gesetzliche Vorschriften hierzu gab es zuvor nicht.

Die wechselvolle Geschichte des § 850l ZPO

Bereits in der Vergangenheit hatte § 850l ZPO eine wechselvolle Geschichte. Die Anordnung der Unpfändbarkeit aller Guthaben auf dem Pfändungsschutzkonto für einen bestimmten Zeitraum war dort erst seit dem 01.01.2012 geregelt. Zuvor war hier noch der Pfändungsschutz für Kontoguthaben aus wiederkehrenden Einkünften auf Antrag des Schuldners geregelt, der kein Pfändungsschutzkonto führte. Mit diesem Inhalt wurde § 850l ZPO bei

Einführung des Pfändungsschutzkontos zum 1.7.2010 durch das Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes (KtoPfRefG) „geboren“, indem die bisherigen Regelungen des § 850k ZPO - geringfügig modifiziert - hierher verschoben wurden. Von Anfang an war aber klar, dass diese Regelung eines Pfändungsschutzes auf Antrag des Schuldners für Konten, die nicht als P-Konto geführt wurden, nur für eine Übergangszeit gelten und zum 31.12.2011 wegfallen sollte. Seit dem 1.1.2012 wird Pfändungsschutz für Kontoguthaben ausschließlich bei Pfändungsschutzkonten gewährt.

Dieser bereits in der Vergangenheit wechselvollen Geschichte des Inhalts des § 850l ZPO ist nun mit den Regelungen über die Pfändung des Gemeinschaftskontos ein neues Kapitel hinzugefügt worden.

Was ist Inhalt der neuen gesetzlichen Regelung des § 850l ZPO?

Zur Verbesserung des Schuldnerschutzes hat der Gesetzgeber den Fall geregelt, dass eine natürliche Person zusammen mit einer oder mehreren anderen natürlichen oder juristischen Personen ein Gemeinschaftskonto führt und Guthaben auf diesem Konto gepfändet wird. Derartige Konten werden z. B. von Personen geführt, die in einem gemeinsamen Haushalt leben, damit jede auch im bargeldlosen



Dipl.-Rechtspflegerin (FH) Monika Deppe ist seit 2012 als Insolvenzsachbearbeiterin tätig. Sie bearbeitet im **Henning/Lachmann/Rein - PrivatinsovenzR** die Vorschriften §§ 850 ff. ZPO u.a. zum Pfändungsschutz für Einkommen.

¹ vgl. § 36 Abs. 1 InsO

Zahlungsverkehr notwendige Ausgaben aus dem gemeinsam verwalteten (Haushalts)Geld bestreiten kann. Es besteht keine Möglichkeit, ein Gemeinschaftskonto in ein Pfändungsschutzkonto umzuwandeln, da das Recht auf Pfändungsschutz ein individuelles Recht ist, für dessen Bemessung auch die persönlichen Umstände des betroffenen Schuldners zu berücksichtigen sind. **Ein gemeinsames P-Konto kann es daher nicht geben.** Bis zur Änderung durch das PKoFoG gab es auch keine Möglichkeit für den Schuldner, den „unpfändbaren Teil“ des Guthabens der Pfändung zu entziehen, selbst wenn er diesen benötigte, um seinen notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Wird Guthaben auf einem Gemeinschaftskonto gepfändet, darf das Kreditinstitut nun erst nach Ablauf von einem Monat nach Zustellung des (Pfändungs- und) Überweisungsbeschlusses aus dem Guthaben an den Gläubiger leisten. Mitinhaber des Kontos, die eine natürliche Person sind, können diesen Zeitraum nutzen, um Guthaben auf ein bei dem Kreditinstitut allein auf ihren Namen lautendes Zahlungskonto zu übertragen. Der Übertragungsbetrag entspricht grundsätzlich dem Kopfteil des jeweiligen Kontoinhabers an dem Guthaben, bei z. B. zwei Kontoinhabern des Gemeinschaftskonto also dem hälftigen Guthaben, bei drei Inhabern einem Drittel usw. Für die Übertragung des entsprechenden Anteils des Guthabens ist eine Mitwirkung anderer Kontoinhaber oder des Gläubigers nicht erforderlich. Die Kontoinhaber und der Vollstreckungsgläubiger können sich aber auch auf eine abweichende Aufteilung des Übertragungsbetrages einigen. Die Vereinbarung ist dem Kreditinstitut in Textform mitzuteilen, damit es diese berücksichtigt.

Mit der Übertragung auf ein anders Konto bei demselben Kreditinstitut kann der Pfändungsschuldner jedoch nicht der Vollstreckungsmaßnahme entgehen, denn die Wirkungen der Pfändung setzen sich an seinem Einzelkonto fort. Er hat jedoch die Möglichkeit der Umwandlung seines Zahlungskontos in ein P-Konto zu verlangen, um dessen Pfändungsschutz zu nutzen, sofern er nicht bereits ein P-Konto führt.

Die Regelung ist grundsätzlich bei allen Gemeinschaftskonten anwendbar, unabhängig davon ob es sich um ein Oder-Konto handelt, über das jeder Kontoinhaber einzeln verfügen kann, oder ob es sich

um ein Und-Konto handelt, über das alle Inhaber nur gemeinschaftlich Verfügungsbefugt sind.

Ist die Vorschrift im Insolvenzverfahren anwendbar?

Diese Regelungen sind auch im Insolvenzverfahren anwendbar, da § 36 Abs. 1 Satz 2 InsO ausdrücklich die entsprechende Anwendung von § 850l ZPO regelt.

Inwieweit erfasst der Insolvenzbeschluss das Gemeinschaftskonto?

Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Mitinhabers eines Gemeinschaftskontos führt nicht zu Beendigung des zugrundeliegenden Kontoführungsvertrages. Die Verfügungsbefugnis des Schuldners entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen geht auf den Insolvenzverwalter über. Das bedeutet, dass bei einem Oder-Konto der Insolvenzverwalter allein über Guthaben auf dem Konto verfügen kann, bei einem Und-Konto allerdings nur gemeinsam mit den weiteren Personen, mit denen der Schuldner das Gemeinschaftskonto unterhält.

AGV
Verlag

Deppe / Radschuwait Die Insolvenztabelle

2023, 352 Seiten, 82 €, ISBN 978-3-00-074348-1

Die langjährigen Praktikerinnen und Referentinnen zum Thema der Tabellenführung im Insolvenzverfahren haben in diesem Buch alles zusammengestellt, was man bei der Arbeit mit und für die Insolvenztabelle beachten und wissen muss. Das neue Standardwerk insbesondere für das Insolvenzbüro.



Schnell und versandkostenfrei erhalten Sie Ihr Buchexemplar direkt über

www.InsVV.com

Tritt der Insolvenzbeschluss an einem Gemeinschaftskonto ein, weil über das Vermögen eines Mitinhabers, der eine natürliche Person ist, das Insolvenzverfahren eröffnet wird, kann dieser entsprechend § 850l ZPO vorgehen. Die einer Pfändung vergleichbaren Wirkungen des Insolvenzbeschlusses an einem Guthaben auf dem Gemeinschaftskonto setzt sich an dem auf ein Einzelkonto des Schuldners übertragenen Guthaben fort. Sie setzt sich aber nicht an dem Guthaben fort, das auf Einzelkonten der Personen übertragen wird, mit denen der Schuldner das Gemeinschaftskonto unterhalten hat.¹ Der Insolvenzschuldner kann Pfändungsschutz in dem gesetzlichen Umfang erlangen, wenn er sein Zahlungskonto in ein P-Konto umwandelt.

Welche Rechte und Pflichten des (vorläufigen) Insolvenzverwalters bestehen, wenn ein Schuldner Mitinhaber eines Gemeinschaftskontos ist?

Bei Und-Konten (gemeinschaftliche Verfügungsbefugnis) handelt es sich bei den Kontoinhabern um eine Gemeinschaft nach Bruchteilen (§§ 741 ff BGB). Die einzelnen Mitglieder der Bruchteilsgemeinschaft können nur über ihren Anteil an der Gemeinschaft, aber nicht über das Kontoguthaben verfügen. Die Teilung oder sonstige Auseinandersetzung der Gemeinschaft findet außerhalb des Insolvenzverfahrens statt, § 84 InsO. Das bedeutet, dass eine Einigung über die Aufteilung erfolgen muss, um das Auseinandersetzungsguthaben des Schuldners zur Insolvenzmasse vereinnahmen zu können.

Bei einem Oder-Konto geht die Verfügungsbefugnis über das (gesamte) Guthaben auf den Insolvenzverwalter über. Aber auch die Verfügungsbefugnis der weiteren Kontoinhaber bleibt bestehen. Um die Ansprüche der Masse zu sichern, sollte – wenn möglich – der Widerruf der Einzelverfügungsbefugnis der anderen Kontoinhaber durch den Insolvenzverwalter erfolgen, um Verfügungen der weiteren Kontoinhaber zu verhindern. Ein Widerruf der Einzelverfügungsbefugnis führt zur Umwandlung des Oder-Kontos in ein Und-Konto. Nach der Umwandlung ist dann nach der Sonderregelung des § 84 InsO zu verfahren.

Der **vorläufige** Insolvenzverwalter kann einen Widerruf der Einzelverfügungsbefugnis der Mitinhaber über das Konto ohne Mitwirkung des Schuldners nur wirksam erklären, wenn er die Rechte aus dem Kontokorrentvertrag insgesamt ausüben darf. Dies ist nur der Fall, wenn er als starker vorläufiger Verwalter ernannt wurde, auf den die Verfügungsbefugnis übergegangen ist, oder er durch eine entsprechende Einzelermächtigung des Gerichts in die Lage versetzt wurde, die Rechte alleine auszuüben.² Bei Bedarf ist diese Einzelermächtigung bei dem Insolvenzgericht zu beantragen.

Ansonsten heißt es schnell zu sein: Verlangen mehrere Inhaber eines Oder-Kontos die die Auszahlung des Guthabens an sich, liegen also kollidierende Weisungen der Inhaber gegenüber der Bank vor, gilt der Grundsatz der zeitlichen Priorität, d. h. frühere Auszahlungsverlangen sind vorrangig durch die Bank zu erfüllen.³

Aus Gründen der Rechtssicherheit ist geregelt, dass grundsätzlich ein Anteil entsprechend dem Kopfteil des Mitinhabers des Gemeinschaftskontos auf ein auf seinen Namen laufendes Zahlungskonto übertragen werden kann. Abweichende Regelungen der Aufteilung unter Beteiligung aller Kontoinhaber und des Gläubigers sind jedoch möglich. Sollte es vorkommen, dass im Rahmen der Einzelzwangsvollstreckung gegen einen Mit-Kontoinhaber die Pfändung des Gemeinschaftskontos erfolgt, und dieser eine Übertragung auf ein allein auf seinen Namen lautendes Zahlungskonto verlangt, dürfte eine abweichende Regelung des Übertragungsbetrages wohl nur unter Beteiligung des Insolvenzverwalters möglich sein.

Vorträge mit Monika Deppe:

Grundlagen der Tabellenführung

am 7. & 8.11.2024, online bei AGV-Seminare

(Schluss-)Verteilungen – Nur ein Knopfdruck?

am 12.11.2024, online bei AGV-Seminare

Forderungsprüfung im Insolvenzverfahren (Teil 1 bis 5)

14.11. bis 12.12.2024, online bei AGV-Seminare

¹ entsprechend § 850l Abs. 4 ZPO

² BGH, Urteil vom 24. September 2020 - IX ZR 289/18

³ BGH, Urteil vom 20. März 2018 - XI ZR 30/16